## **Drucksache** 11/4779

14.06.89

Sachgebiet 85

## **Bericht**

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP – Drucksachen 11/4509, 11/4767 –

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundeserziehungsgeldgesetzes und anderer Vorschriften

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung – Drucksachen 11/4687, 11/4708, 11/4767 –

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundeserziehungsgeldgesetzes und anderer Vorschriften

## Bericht der Abgeordneten Frau Dr. Wegner, Frau Rust, Kalb und Zywietz

Die Gesetzentwürfe beabsichtigen, den Bezug von Erziehungsgeld und den Erziehungsurlaub für die nach dem 30. Juni 1989 geborenen Kinder um drei Monate auf fünfzehn Monate und für die nach dem 30. Juni 1990 geborenen Kinder um weitere drei Monate auf achtzehn Monate zu verlängern.

Die stufenweise Verlängerung des Erziehungsgeldbezuges verursacht unter der Voraussetzung, daß die Zahl der Geburten etwa der des Jahres 1988 entspricht folgende Mehrkosten:

1990 430 Mio. DM, 1991 1 100 Mio. DM, 1992 1 800 Mio. DM.

Die Mehrausgaben für die vom federführenden Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

vorgesehenen weiteren strukturellen Verbesserungen werden durch die Einsparungen aufgrund der vom federführenden Ausschuß empfohlenen Anspruchsregelung für Ausländer aufgefangen.

Die Mehrausgaben werden bei Kapitel 15 02 im Bundeshaushalt 1990 sowie bei der Fortschreibung der mehrjährigen Finanzplanung des Bundes berücksichtigt.

Die öffentlichen Haushalte der Länder und Gemeinden werden durch die Gesetzentwürfe nicht mit Mehrausgaben belastet.

Die Gesetzentwürfe sind mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Dieser Bericht beruht auf der vom federführenden Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit vorgelegten Beschlußempfehlung.

Bonn, den 14. Juni 1989

## Der Haushaltsausschuß

Walther Frau Dr. Wegner Frau Rust Kalb Zywietz

Vorsitzender Berichterstatter